



HESSISCHER LANDTAG

14. 06. 2016

Plenum

Antrag der Fraktion der FDP betreffend hessische Landwirtschaft braucht Zukunft

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die Landwirtschaft gemeinsam mit den vor- und nachgelagerten Bereichen der Ernährungswirtschaft sowie den vielfältigen Dienstleistungen zu den Schlüsselbranchen der deutschen Volkswirtschaft zählt. Sie ist zentraler und prägender Bestandteil des ländlichen Raumes. Neben der Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen und gesunden Lebensmitteln in historisch nie gekannter hoher Qualität und Versorgungssicherheit übernimmt die Landwirtschaft Verantwortung für eine lebenswerte Kulturlandschaft und ihre natürlichen Ressourcen. Die Landwirtschaft stellt sich dabei Markt und Wettbewerb.
2. Der Landtag stellt weiterhin fest, dass die Situation auf fast allen wichtigen Agrarmärkten, insbesondere bei Milch und Schweinen, bereits seit über einem Jahr äußerst angespannt ist. Konjunkturelle Einbrüche auf internationalen Märkten und die Auswirkungen der Wirtschaftssanktionen zwischen der EU und Russland haben zu einer dramatischen Zuspitzung der Marktsituation geführt. Der Food Price Index der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) hat den tiefsten Stand seit sieben Jahren erreicht. Eine Trendwende bei den Erzeugerpreisen ist bislang nicht erkennbar. Der Wertschöpfungs- und Einkommensverlust für die deutsche Landwirtschaft liegt bei etwa 6 Mrd. € jährlich. Der Landtag nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis, dass viele landwirtschaftliche Betriebe sich in ihrer Existenzfähigkeit gefährdet sehen. Die Liquiditätsreserven sind in vielen Betrieben aufgezehrt.
3. Der Landtag stellt fest, dass die Landesregierung im Bereich des Ökolandbaus übertriebene und erhebliche finanzielle Anstrengungen unternimmt, während die Unterstützung für die 90 % konventionell produzierenden Landwirte vergleichsweise stiefmütterlich behandelt wird. Diese Ungleichgewichtung der Landesregierung verschärft die Problematik zusätzlich. Der Landtag unterstützt daher die Kritik des Hessischen Bauernverbandes am Ökoaktionsplan der Landesregierung.
4. Der Landtag fordert daher die Landesregierung auf, sich auf europäischer Ebene für Maßnahmen einzusetzen, die kurzfristig die Liquiditätsprobleme lösen und langfristig die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft wieder herstellen. Die Wiedereinführung der Milchquote, wie sie von den Grünen Landwirtschaftsministern gefordert wird, kann dabei nicht der richtige Weg sein. Neben dem schon im Herbst beschlossenen Hilfspaket gilt es vor allem, bürokratische Belastungen zu beseitigen und neue Exportmärkte zu erschließen. Auch neue bürokratische Belastungen wie die Düngeverordnung lehnt der Landtag ausdrücklich ab.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass Bürgschaften und Liquiditätshilfen unbürokratisch gewährt werden, dass aber vor allem die Absatzmärkte gestärkt werden. Die entgegen der Empfehlung der Monopolkommission vorgenommene Ministergenehmigung für die Fusion von Edeka und Tengelmann ist dabei ein großer Fehler, der die Marktmacht weiter konzentriert und die Landwirte massiv benachteiligt. Außerdem könnte eine "Verfütterungsbeihilfe" oder ein Herauskaufen von Kühen Entlastung in den Markt bringen.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung weiterhin auf, die Landwirte dabei zu unterstützen, bestehende Molkereistrukturen und Vertragsgestaltungen an die neuen Marktbedingungen zeitgemäß anzupassen.

7. Der Landtag sieht über die öffentlich geführte Debatte zur Milch hinaus, dass auch Schweinehalter und Getreidebauern mit der Marktentwicklung zu kämpfen haben. Die hohen Tierschutz- und Umweltstandards der heimischen Fleischerzeugung müssen endlich gesellschaftliche und politische Anerkennung finden. Angesichts der existenzbedrohenden Marktlage muss ein weiterer Druck auf landwirtschaftliche Betriebe und vor- und nachgelagerte Bereiche (z.B. Metzger) durch eine Verschärfung der Rahmenbedingungen und gesetzlichen Anforderungen (insbesondere Tierhaltungsvorschriften, Hygienevorschriften, Dokumentations- und Nachweispflichten) unterbleiben.
8. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, gemeinsam mit der Landwirtschaft der besonderen hessischen Situation mit Selbstversorgungsgraden kleiner 50 % zur Stabilisierung und Stärkung der vorhandenen Produktion und Verarbeitung wirksam zu begegnen. Durch ergänzende Maßnahmen zur Absatzförderung beispielsweise durch Aktivitäten der Marketinggesellschaft "Gutes aus Hessen" müssen Marktanteile für heimische Erzeuger ausgebaut und gesichert werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 14. Juni 2016

Der Fraktionsvorsitzende:
Rentsch